

# Hochheimer Stadtanzeiger

Amtliches Organ der  Stadt Hochheim a. M.

Bezugspreis: monatlich 40 Pfg. einschl. Bringerlohn; zu gleichem Preise, aber ohne Bestellgeld, auch bei Postbezug.

Erscheint 4 mal wöchentlich: Montags, Mittwochs, Freitags, Samstags.  
(Für Postbezug nur 3 maliges Erscheinen, die Freitags-Nummer wird der Samstag-Nummer beigelegt.)  
Redaktion u. Expedition: Biebrich a. Rh., Rathausstr. 16. Telefon 41.  
Redakteur: Paul Jorjisch in Biebrich a. Rh.  
Rotations-Druck und Verlag der Buchdruckerei Guido Zeidler in Biebrich a. Rh.  
Filialexpedition in Hochheim: Jean Lauer.

Anzeigenpreis: für die 6 gespaltene Colonne oder deren Raum 10 Pfg., Reklamezeile 25 Pfg.

Nr. 31.

Montag, den 24. Februar 1913.

7. Jahrgang.

## Amtliche Bekanntmachungen der Stadt Hochheim am Main.

### Bekanntmachung.

Die Weinbergbesitzer werden ersucht, mit der Winterbekämpfung des Heu- und Säuerwurms zu beginnen. Diese kann vorgenommen werden:

- a. durch Entfernen des Laubes und Verbrennen desselben,
  - b. Abdichten der Rebfläche mit Drahtbüchsen,
  - c. Abfuchen der Puppen des Heu- und Säuerwurms, von den Blähen, Ratten und Rebhunden,
  - d. Ausstreuen und Verschütten der Marktreben,
  - e. alsbaldiges Verbrennen des Bindematerials und des beim Schnitt entstehenden Abfallholzes in den Weinbergen.
- Die Bekämpfung soll bis zum 15. März beendet sein.  
Hochheim a. Main, den 19. Februar 1913.  
Der Bürgermeister. J. B. J. Preis.

### Bekanntmachung.

Am Freitag, den 22. Februar i. J., vormittags 10½ Uhr, läßt Frau Johanna Philipp Diener hier selbst, ihr Weinbergs- und Feldgut im Rathaus zum Verkauf ausstellen. Verzeichnisse der Immobilien können in den ersten Tagen bei Frau Diener in Empfang genommen werden.  
Hochheim a. M., den 20. Februar 1913.  
Der Bürgermeister. J. B. J. Preis.

### Bekanntmachung.

Nach § 9 des Viehsteuergesetzes vom 26. Juni 1909 (R. Gef. Bl. S. 519) sind die Besitzer von Haustieren verpflichtet, von dem Ausbruch der unter näher bezeichneten Seuchen unter ihrem Viehbestand, oder von dem Auftreten von Erscheinungen, die den Ausbruch einer solchen Seuche befürchten lassen, unverzüglich der Ortspolizeibehörde Anzeige zu machen; auch die kranken und verdächtigten Tiere sofort zu melden, an denen die Gefahr der Ansteckung fremder Tiere besteht, fernzuhalten.

Die gleichen Pflichten hat, wer in Vertretung des Besitzers der Viehherde vorsteht, wie mit der Aufsicht über Vieh an Stelle des Besitzers beauftragt ist, wie als Hirt, Schäfer, Schweizer, Senne, Hirter, das Vieh mehr als 24 Stunden außerhalb der Feldmark für die auf dem Transport befindlichen Tiere, in Obhut hat, ferner für die in fremdem Gewahrsam befindlichen Tiere deren Begleiter und für die in fremdem Gewahrsam befindlichen Tiere der Besitzer der betreffenden Gehöfte, Stallungen, Koppeln oder Weidflächen.

Zur unverzüglichen Anzeige sind auch die Tierärzte und alle Personen verpflichtet, die sich mit der Ausübung der Tierheilkunde oder gewerbmäßig mit der Kastration von Tieren beschäftigen, ingleichen die Fleischbeschauer, einseiner, der Trichinenwäcker, ferner die Personen, die das Schlachtgewerbe betreiben, sowie solche, die sich gewerbmäßig mit der Bearbeitung, Verwertung oder Befreiung geschlachteter, getöterter oder verendeter Tiere oder tierischer Bestandteile beschäftigen, wenn sie, bevor ein polizeiliches Einschreiten

stattgefunden hat, von dem Ausbruch einer der Anzeigepflicht unterliegenden Seuche (§ 10) oder von Erscheinungen, die den Ausbruch einer solchen Seuche befürchten lassen, Kenntnis erhalten.

Die Seuchen, auf welche sich die Anzeigepflicht erstreckt (§ 10), sind:

1. Milzbrand, Rauschbrand, Wuth und Rinderpeste,
2. Tollwut,
3. Rot,
4. Maul- und Klauenseuche,
5. Lungenseuche des Rindviehs,
6. Pocken der Schafe,
7. Beschläge der Pferde, Bläschenauschlag der Pferde und des Rindviehs,
8. Räude der Einhufer und der Schafe,
9. Schweinepest, sofern sie mit erheblichen Störungen des Allgemeinbefindens der erkrankten Tiere verbunden ist und Schweinepest,
10. Rotlauf der Schweine, einschl. des Roffelsiebers, Backsteinblattern,
11. Geflügelcholera und Hühnerpest,
12. Neuartig erkennbare Tuberkulose des Rindviehs, sofern sie sich in der Lunge in vorgeschrittenem Zustande befindet, oder Lungen, Gebärmutter oder Darm ergriffen hat.

Vorstehendes bringe ich zur öffentlichen Kenntnis und ersuche die Polizeibehörden zu Wiesbaden und Hochheim sowie die Ortspolizeibehörden des Kreises die Bekanntmachung in geeigneter Weise zur Kenntnis der Beteiligten zu bringen.

Wiesbaden, den 4. Januar 1913.

J.-Nr. 1. 42.

Der Königliche Landrat von Heimbürg.

Wird veröffentlicht.

Hochheim a. M., den 15. Februar 1913.

Die Polizeibehörden. J. B. J. Preis.

Von dem Verein zur Förderung des Arbeiter-Wohnungswesens zu Frankfurt a. M., Jordanstraße 19, ist im Jahre 1904 ein preisgekrönter Entwurf von 38 Tafeln, betreffend „Vöndliche Anwesen für Kleinbauern und Industriearbeiter“ herausgegeben worden. Von diesem Entwurf ist noch eine geringe Anzahl von Exemplaren vorhanden, die der erwähnte Verein Interessenten zum ermäßigten Preise von 12 M. pro Stück (der Buchhandlungspreis beträgt 16 M. pro Stück) überlassen will.

Die Polizeibehörden sowie die Ortspolizeibehörden des Kreises ersuche ich, die Interessenten auf die möglichen Vorteile aufmerksam zu machen und ihnen die Anschaffung eines solchen zu empfehlen.

Wiesbaden, den 15. Februar 1913.

J.-Nr. 1. 1418.

Der Königliche Landrat von Heimbürg.

### Bekanntmachung.

betr. die Klassifikation der Rekruten, Landwehrleute und Ersatz-Rekruten.

Rekruten, Landwehrleute, Ersatz-Rekruten und ausgebildete Landsturmpflichtige des zweiten Aufgebots können für den Fall einer Mobilmachung oder außergewöhnlicher Verstärkung des

Heeres, wegen häuslicher, gewerblicher und Familienverhältnisse von der Einberufung einstweilen zurückgestellt werden.

Derartige Berücksichtigungen sind jedoch nach § 122 der Militärordnung nur dann zulässig, wenn:

1. ein Mann als der einzige Ernährer seines arbeitsunfähigen Vaters oder seiner Mutter, seines Großvaters oder seiner Großmutter, mit denen er dieselbe Feuerstelle bewohnt, zu betrachten ist, ein Knecht oder Gefelle nicht gehalten werden kann, auch durch die der Familie bei der Einberufung geschädigte Unterhaltung der dauernde Niedrigkeit des elterlichen Hausstandes nicht abgemindert werden könnte;
2. die Einberufung eines Mannes, der das dreißigste Lebensjahr vollendet hat und Grundbesitzer, Pächter oder Gewerbetreibender, oder Ernährer einer zahlreichen Familie ist, den gänzlichen Verfall des Hausstandes zur Folge haben und die Angehörigen selbst bei dem Verluste der gefälligen Unterhaltung dem Elende preisgegeben würde;
3. in einzelnen dringenden Fällen die Zurückstellung eines Mannes, dessen geeignete Vertretung auf keine Weise zu ermöglichen ist, im Interesse der allgemeinen Landeskultur und der Volkswirtschaft für unabwiesbar notwendig erscheint wird.

Mannschaften, die wegen Kontrollentziehung nachziehen müssen, haben jedoch auch in den vorgenannten Fällen keinerlei Anspruch auf Zurückstellung.

Rekruten, Landwehrleute, Ersatz-Rekruten und ausgebildete Landsturmpflichtige des zweiten Aufgebots, die auf Grund derartiger Verhältnisse ihre Zurückstellung beantragen wollen, haben ihre diesbezüglichen Gesuche bis spätestens 28. Februar d. Js. an die betr. Gemeindebehörde einzureichen. Hierbei sei noch bemerkt, daß Gesuche um Zurückstellung im Augenblicke der Einberufung unzulässig sind.

Die eingereichten Gesuche unterliegen der Entscheidung der verstärkten Ersatz-Kommission. Günstigst behalten diese Entscheidungen bis zum nächsten Klassifikations-Gesuche, sie erlöschen jedoch vorher, wenn die betreffenden in einem anderen Aushebungsbereich verziehen.

Das Klassifikations-Gesuch für das Jahr 1913 findet für den Aushebungsbereich Wiesbaden am 17. März, vormittags 9 Uhr, im Musterungsorte hier, für den Aushebungsbereich Biebrich am 12. März, vormittags 9 Uhr, im Musterungsorte Biebrich und für den Aushebungsbereich Hochheim am 6. März, vormittags 9½ Uhr, im Musterungsorte zu Hochheim statt. Die Einleitung der Gesuche wird durch die Bekanntmachung betr. das Musterungs-Gesuch veröffentlicht. Die Angehörigen (Eltern und Brüder über 16 Jahre), wegen deren evtl. Erwerbsunfähigkeit die Zurückstellung beantragt worden ist, haben hierzu ebenfalls zu erscheinen, da sonst die Gesuche keine Berücksichtigung finden können.

Die Herren Bürgermeister und den Magistrat in Biebrich und Hochheim ersuche ich, vorstehende Bekanntmachung widerholt auf rechtliche Weise zu veröffentlichen und mir die etwa vorgebrachten Gesuche mit der vorgeschriebenen Nachweisung (siehe Kreisblatt für 1880 Nr. 21) bis spätestens 1. März d. Js. einzureichen.

Wiesbaden, den 14. Februar 1913.

J.-Nr. 1. M. 801.

Der Königliche Landrat von Heimbürg.

## Nichtamtlicher Teil.

### Tages-Rundschau.

**Das arme Deutschland.** Angesichts der neuen Militärvorlage, durch welche Deutschland seine Wehrmacht so ausbilden will, wie es seiner Nachstellung in der Welt zukommt, wird wieder über das arme Deutschland geklagt, das die drückende Wehrlast nicht tragen könnte. Dem gegenüber sind einige Feststellungen, die die Präsidenten Bank in einer aus Anlaß des kaiserlichen Regierungsjubiläums herausgegebenen Zeitschrift macht, von Interesse. Danach betrugen im Jahre 1911 die Staatseinnahmen des Deutschen Reiches und der Bundesstaaten zusammen 8534 Mill. Mark, während die Engländer sich auf 4166 Mill. Mark, die Franzosen sich auf 3555 Mill. Mark beliefen. Im selben Jahre betrugen die Staatsschulden auf den Kopf der Bevölkerung verrechnet in Frankreich 886 Mark, in England 330 Mark und in Deutschland 316,7 Mark. Die Einkünfte der Sparlosen betrugen in Frankreich 4514 Mill., in England 4422 Mill., in Deutschland aber 16780 Millionen Mark. Die Höhe der Spareinkünfte, auf den Kopf der Bevölkerung verrechnet, betrugen in Frankreich 114 Mark, in England 98,25 Mark, in Deutschland dagegen 258,50 M. Auf den Kopf der Bevölkerung verrechnet, gibt das deutsche Volk für Herr und Knecht weniger aus als England oder als Frankreich.

### Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ über die Ereignisse der Woche.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt in ihren Rückblicken: Der Reichstag hat vergangenes Mittwoch den Zentrumsantrag auf Aufhebung des Sessengesetzes angenommen. Erreicht ist die Ruhe, womit diesmal die Verhandlungen geführt wurden. Wenn es richtig um den konfessionellen Frieden zu tun ist, der wird es begreifen, daß wir uns so wieder dem Zustand nähern, der bis in das Jahr 1912 bestand. Diesen Zustand gab der Modus vivendi, der sich in einer aller Engherzigkeit abgemessenen Handhabung des Gesetzes kennzeichnete. Daß der Bundesratsbeschluss vom 28. November hieran nichts ändern sollte und nichts änderte, ist vom Reichstag im Reichstage ausdrücklich festgestellt worden. — Nach dem Landwirtschaftrat kamen in dieser Woche die freien Berufsvereinigungen der Landwirte zu Worte. Gleichzeitig tagte die offizielle Vertretung des Handelsstandes. Diese beruflichen Ausprägungen hinterlassen den ersten Eindruck, daß beide Gewerbe sich in einem fortwährend günstigen Zustand befinden. Daß Handel wie Landwirtschaft bereit sind, die notwendigen Opfer im

Interesse unserer Wehrkraft zu bringen, kam vielfach mit patriotischem Schwung zum Ausdruck und zeigte sich besonders in der Aufnahme, welche die beiden Anträge des Reichstages gefunden haben. Freilich fehlte es auch nicht an mancher kritischen Beurteilung gegenüber der Regierung. Die Regierung wird es niemals an sorgfältiger Prüfung fehlen lassen, wo ihr aus dem Kreise der Praktiker Anregungen und Wünsche entgegengebracht werden. Ob es erforderlich war, die Meinungsverschiedenheiten in Form eines Mißtrauens zum Ausdruck zu bringen, wie es von einigen Seiten bei der Tagung des Bundes der Landwirte geschehen ist, lassen wir dahingestellt. Mit bemerkenswerter Schärfe sind sowohl von den Vertretern der Landwirtschaft wie denen des Handels sozialpolitische Fragen zur Sprache gebracht worden. Der sozialdemokratische Terrorismus beschäftigt, wie auch hierbei sich ergab, die weitesten Kreise. Wir müssen erneut die Meinung zurückweisen, als habe die Regierung diesen Fragen mit schmerzlicher Sorglosigkeit gegenüber oder wäre gar Kompromissen mit den politischen Bestrebungen der Sozialdemokratie geneigt. Zu solchen Aufstellungen hat die verantwortliche Stelle der Reichsregierung niemals berechtigten Anlaß gegeben. Andererseits wird mit Recht darauf hingewiesen, daß neben der gezielten Bekämpfung terroristischer Ausschreitungen noch manches geschehen kann, um die Selbsthilfe und Widerstandskraft des Bürgertums zu organisieren. Von übrigen sorgt auch in diesen Tagen, die so vielfach ersehenden patriotischen Erinnerungen geweckt sind, die Sozialdemokratie dafür, daß die Kraft nicht vergessen wird, durch die sie sich vom nationalen Empfinden des deutschen Volkes scheidet. Die Vorgänge in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, wo die Sozialdemokraten gegen die Feiertage zur Erinnerung an die Freiheitskriege protestierten, zeigten den Tiefstand ihres vaterländischen Sinnes in beschämender Weise. Wie manchem deutschen Arbeiter mag das Blut in die Wangen steigen, wenn er vernimmt, daß er nicht das Recht haben soll, seiner Väter und ihrer Großtaten zu gedenken!

### Der Besuch des dänischen Königspaares.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt zu dem Besuch des dänischen Königspaares: Ihre Majestäten der König und die Königin von Dänemark treffen am Montag in Berlin ein, um als Gäste des deutschen Kaiserpaars mehrere Tage bei uns zu verweilen. Der Besuch bekräftigt erneut die Freundschaft, durch die seit dem Regierungsantritt Kaiser Wilhelms des Haus Hohenzollern mit der dänischen Herrscherfamilie nummehr in der dritten Generation verbunden ist. Wie sein Großvater Christian IX., dessen

ehrwürdige Königsgehalt in Deutschland unvergessen bleibt, wie sein Vater Friedrich VIII., an dessen erschütterndem Hinscheiden auf deutscher Erde im Mai des Vorjahres unser Volk inmitten Anteil nahm, ist König Christian X. von dem Wunsch erfüllt, gute Beziehungen Dänemarks zum Deutschen Reich zu unterhalten und zu festigen. Diese Gesinnung wird auf deutscher Seite aufrichtig erwidert. In der Königin Alexandrine von Dänemark begrüßen wir mit besonderer Freude die erlauchte Schwester unserer Kronprinzessin. Mögen sich die dänischen Majestäten während ihres Aufenthalts überzeugen, wie mannigfache Bande Deutschland und Dänemark in ihrem Kulturleben miteinander verknüpfen, mögen sie bei der Rückkehr in ihre Heimat das Bewußtsein mitnehmen, unter Freunden gewollt zu haben.

### Die Revolution in Mexiko.

Mexiko, 23. Februar. Der Expräsident Madero und der Exgouverneur Suarez sind heute erschossen worden, als man bei ihrer Überführung nach dem Gefängnis verfuhr, sie zu befreien. Von den Angreifern wurden bei dem Aufbruch zwei erschossen. Guerra hat diese Nachricht bestätigt.

### Kleine Mitteilungen.

**Rücktritt des Kommandanten der Garde.** General v. Löwenfeld, der kommandierende General des Gardekorps, beabsichtigt aus Gesundheitsrücksichten von seinem verantwortungsreichen Posten zurückzutreten. Der General ist eine der markantesten Persönlichkeiten aus der unmittelbaren Umgebung des Kaisers und hat eine glänzende militärische Laufbahn hinter sich. Als Nachfolger wird der kommandierende General des 18. Armeekorps v. Scheuch genannt.

**Berlin.** Als Nachfolger des zum Reichshof in Rom bestimmten bisherigen Gesandten in Brüssel, v. Flotow, ist der derzeitige Gesandte in Sofia, v. Below-Saleste, ausgerufen. Er wird seinen bisherigen Posten erst verlassen, wenn die politische Lage es gestattet.

**Der Herzog von Sachsen-Coburg** wird infolge der Verletzungen, die er bei dem Schlittenunfall in Oberhof (Thüringen) erlitten hat, seinen dauernden Wohnort verlassen, da der Einbruch des rechten Schienbeins bald gehoben sein dürfte. Prinz August Wilhelm von Preußen, der ebenfalls auf dem verunglückten Schlitten saß, ist ohne jede Verletzung davon gekommen.

**Bukarest.** Der Straßburger Augenarzt Professor Landolt nahm an der Königin Elisabeth eine leichte vorbereitende Operation vor. Der Gesundheitszustand der Königin ist ausgezeichnet.







— E n d e. —



